

## Generaldebattenbeitrag zum Voranschlag 2018 von Martin Fitz

### FPÖ Lustenau

Geschätzte Mitbürgerinnen und Mitbürger,  
sehr geehrte Damen u. Herren der Gemeindevertretung!

Lassen sie mich zuerst kurz auf die politischen und die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen eingehen unter denen dieser Voranschlag zustande gekommen ist.

### **Österreich hat sich entschieden den jahrzehntelangen Stillstand der SPÖ / ÖVP Koalition zu beenden und neue zukunftsfähige Wege zu gehen!**

Die Regierungsverhandlungen zwischen der neuen ÖVP Sebastian Kurz u. der FPÖ laufen bisher erfreulich gut, die Hoffnung auf eine baldige gemeinsame Regierungserklärung scheint gerechtfertigt – neue Parteien und neue Personen pflegen einen neuen Stil. Viel zu lange wurden in den letzten Jahren dringende wichtige Reformen in Österreich „verschlafen, zerstritten, oder zerredet“ – aber nicht umgesetzt!

Politiker haben jedoch zu arbeiten, Lösungen für Probleme zu finden und diese Lösungen dann auch umzusetzen – dafür werden sie gewählt!

Nach einem Jahrzehnt des Abstiegs unseres Landes in die untersten Regionen der Mittelmäßigkeit in welche uns die alte Rot / Schwarze Koalition gebracht hat ist künftig vieles zu ändern und der jahrelange Reformstau zu beheben. Verkrustete Systeme und sich lange selbst blockierende machtvollen Bünde gilt es jetzt zukunftsfähig umzubauen und Veränderungen im System auch durchzusetzen.

Die FPÖ hat klar erklärt, dass in einem künftigen Regierungsprogramm zu mind. 50 % ihre Handschrift erkennbar sein muss, **zum Wohle unseres Landes und aufgrund der dem Wähler gegebenen Versprechen. Auch diese Ankündigung wird die FPÖ einhalten.**

Dies sollte aber - da vom neuen „türkisen“ Superstar Sebastian Kurz im Wahlkampf schon viele langjährige FPÖ Forderungen und Positionen übernommen wurden - nicht allzu schwierig werden. Komplizierter werden da wohl eher nötige Veränderungen u. das „Beschneiden“ von Privilegien auch in alten ÖVP -Strukturen - jetzt nachdem der Wahlsieg eingefahren ist, kommen die Vertreter der „Betoniererfraktion“, denen es lediglich um den Erhalt ihres eigenen Einflusses geht, wieder aus ihren Löchern gekrochen und wollen ihre Pfründe verteidigen. Wir werden sehen, wie mutig Sebastian Kurz ist und was von seinen Versprechen übrig bleibt.

Besonders in Vorarlberg scheinen sich viele Schwarze mit dem neuen „türkisen“ Kurs von Sebastian Kurz nicht anfreunden zu können. Verständlich: **Denn wer lieber mit den Grünen regiert und Van der Bellen lautstark als Bundespräsident unterstützt, kann sich nicht wohl**

**fühlen mit einem neuen türkisen Programm, das zum Gutteil 1:1 von der FPÖ abgeschrieben wurde.** Da prallen 2 Welten innerhalb der ÖVP aufeinander. Gerne erinnere ich an dieser Stelle an die Aussage des Bürgermeisters in der vergangenen GVE-Sitzung, als er öffentlich lautstark kundtat, dass er mit den Türkisen nichts zu tun habe! Aber diesen Konflikt muss die ÖVP Vorarlberg mit sich selbst austragen.

Man darf jedenfalls gespannt sein, wie groß die Unterstützung der schwarz-grünen Wallner-ÖVP aus dem Ländle für die türkis-blaue Regierung sein wird. Man weiß aber auch um die „Anpassungsfähigkeit“ und „Wendigkeit“ der ÖVP und deren Vertreter, wenn es um den eigenen Vorteil und den Machterhalt geht.

Ein Paradebeispiel für diese schwarze „Wendigkeit“ ist ja der Herr Bürgermeister. Hier ist nichts „heilig“. Man redet heute so und morgen so – je nachdem was gerade opportun erscheint. Nur eines ist beim Bürgermeister in Stein gemeißelt: Das ist seine tiefe Abneigung gegenüber den Freiheitlichen. Und so kann ich mir ein kleines Bisschen Schadenfreude nicht verkneifen, wenn in den nächsten Tagen die neue türkis-blaue Regierung angelobt wird.

Bewiesen hat der Bürgermeister seine „Wendigkeit“ erst vor ein paar Tagen wieder, als er plötzlich nach dem Auftreten einer überparteilichen Bürgerinitiative gegen IKEA zur Forderung einer Volksabstimmung **öffentlich eine „180-Grad-Wende“ schaffte** u. seinerseits erklärte, dass auch er sich doch eine Volksabstimmung überlege. **Dazu muss man wissen, dass der Bürgermeister nur wenige Monate zuvor in der Gemeindevertretung einen Antrag auf Abhaltung einer Volksabstimmung zur Ansiedelung von IKEA ablehnte!** Doch zum Thema IKEA komm ich später noch zu sprechen...

### **Erst ein paar wirtschaftliche Zahlen und Fakten**

Die heimische Wirtschaft sollte lt. Experten im Jahr 2018 ebenso stark wachsen wie im Jahr 2017, wo wir mit einem Zuwachs des Bruttoinlandsproduktes von 2,8 % die höchste Steigerungsrate seit 6 Jahren erzielen konnten. Der Frühindikator steigt lt. Wifo weiterhin kräftig an und untermauert die positive konjunkturelle Dynamik der heimischen Wirtschaft. Die Konjunkturlokomotive scheint endlich angesprungen u. sorgt wieder für gute Stimmung.

Trotz des leichten Rückgangs der Arbeitslosenzahlen aufgrund der „brummenden“ Konjunktur wurden über 400.000 gemeldete Arbeitslose u. sich in Schulung befindliche Personen - davon 272.000 inländische u. 131.000 ausländische Personen im November 2017 vom AMS festgestellt. Dem gegenüber stehen 74.000 offene Stellen, welche von der Wirtschaft besetzt werden müssten, über 145.000 der genannten Personen verfügen aber nur über eine Pflichtschulausbildung. Dabei können 40 % der Schüler am Ende der Volksschule nicht einmal sinnerfassend lesen und das, obwohl „alle Schüler mit mangelnden Deutschkenntnissen“ von der Teilnahme an den Tests ausgenommen waren. Aber auch in diesem Bereich scheint die neue Bundesregierung positive Veränderungen umzusetzen. **So findet sich etwa die langjährige Forderung der FPÖ nach Deutschlernklassen für Schüler**

**mit mangelnden Deutschkenntnissen im Regierungsprogramm. Ein wichtiger Schritt hin zu mehr Qualität im Regelunterricht! Auch die verstärkte Fokussierung in der Pflichtschule auf den Erwerb der Grundkompetenzen Lesen, Schreiben, Rechnen geht in die richtige Richtung!**

### **Nun zum Voranschlag der Marktgemeinde Lustenau**

Unter der ÖVP und ihrem Bürgermeister ist die Verschuldung in den letzten Jahren auf immer neue Rekordhöhen angestiegen - **für uns Freiheitliche hieß es daher schon letztes Jahr bis hierher u. nicht mehr weiter!**

Während beim Rechnungsabschluss für 2015 noch eine Gesamtverschuldung von EUR 60.600.000,- ausgewiesen wurde so wurde vom BM schon im **Voranschlag 2017 mit EUR 68 Mio. geplant**. Auch im Budgetvoranschlag von 2018 wird mit einer fast gleichbleibenden Gesamtverschuldung in der bisherigen Höhe ausgegangen, nur um knappe EUR 150.000,- rein kosmetisch reduziert. Und das obwohl eigentlich immer geplant war, dass es nach Fertigstellung des Jahrhundertprojektes Kanalisation Jahr für Jahr zu einem **deutlichen Schuldenabbau** kommen sollte. Von diesem Plan ist der BM jetzt aber bereits im ersten Jahr abgerückt, was wir sehr bedauern.

Die laufenden Ausgaben des Gemeindehaushaltes **steigen im geplanten Budgetvoranschlag** gegenüber denen des letzten vorliegenden Rechnungsabschlusses auf über EUR 50 Mio. und **damit über EUR 3 Mio. jährlich an**.

Unter den Freiheitlichen **wurde jahrzehntelang immer sparsam und vorausschauend gewirtschaftet**, darauf geachtet, dass künftige Generationen in unserer Gemeinde durch eine niedrige Verschuldung ausreichenden Handlungsspielraum erhalten und über hohe frei verfügbare Mittel selbst bestimmen können. **Immer noch fließen jedes Jahr unverbrauchte Zuschüsse in Millionenhöhe** aus dieser Zeit in unsere Gemeindekassen und **erhöhen – zeitlich ablaufend - noch um über EUR 2,3 Mio. jährlich unsere Finanzkraft**.

Der jährliche Schuldendienst unserer Gemeinde findet seit Jahren unter BM Fischer als Finanzreferenten **„quasi nur auf dem Papier“ statt, die bezahlten Kreditraten an die Darlehensgeber – alleine nächstes Jahr viele Mio. Euro - werden umgehend wieder von der Bank frisch aufgenommen und ausgegeben. Wie alle Jahre wieder!**

Mit dem prognostizierten Anstieg der frei verfügbaren Mittel für das nächste Jahr auf EUR **4,4 Mio.** liegen wir hier wieder in etwa **bei dem durchschnittlichen Betrag**, welche unsere **Marktgemeinde tatsächlich auch investieren könnte – so nicht laufend neue Schulden gemacht werden oder getätigte Kreditrückzahlungen „wiederaufgenommen“ würden.**

**Die von früher her „gestützten“ u. noch „geförderten“ Darlehen werden laufend vom BM auf „ungestützte“ Darlehen „umfinanziert“ weil diesem das tatsächlich zur Verfügung stehende Geld nicht ausreicht.**

Später werden wir diese Kredite, **wenn keine Zuschüsse mehr fließen** u. deren hohe Raten wir die letzten Jahre aufgrund der Wiederaufnahme nicht zurückbezahlt haben, ohne Förderungen später zu höherem Zins aufbringen und zurückzahlen müssen. Auch werden

wir künftig durch den Abschluss der Kanalisation bei deren Sanierung die Wiederherstellung der Straßen ohne die früheren Förderungen wie beim Kanalbau selbst bezahlen müssen.

Wenn vom BM als verantwortlichen Finanzreferenten also „von hohen Investitionen aus eigener Kraft und unveränderten hohen Investitionen in die Gemeindeentwicklung“ gesprochen wird, **so meint er einfach die „quasi“ Aussetzung von Rückzahlungen bzw. deren regelmäßige Wiederaufnahme und die Ausgabe aller verfügbaren eingehenden Mittel.**

Zu allem übersteigen die gesamten vom BM als Finanzreferenten geplanten Investitionen für die kommenden Jahre 2018 bis 2022 in der Höhe von über EUR 100 Mio. **unsere finanziellen Möglichkeiten um ein Vielfaches – weswegen wir auch die vorgelegte Mittelfristige Finanzplanung des Bürgermeisters kritisierten.**

Wenn der BM seine eigenen mittelfristigen Planungen so umsetzen wird, wie diese vorgelegt wurden, so muss jedem klar sein, dass dann sämtliche zukünftige Großinvestitionen in Zentrum, Jugendnachwuchsplätze oder Stadionumbau „auf Pump“ gemacht und **später „quasi“ direkt in die Verschuldung der Gemeinde fließen werden.**

Nachdem der BM also laufend sämtliche ihm zur Verfügung stehenden Finanzquellen „anzapft“ und echte Rückzahlungen vermeidet, hat er jetzt schon ein Auge auf die „letzten“ u. bisher versteckten Reserven der Gemeinde geworfen: Nämlich **auf die sich im Gemeindebesitz befindlichen Grundstücksflächen!**

„Eine aktive Bodenpolitik soll uns künftig wichtige finanzielle Spielräume eröffnen.“ so hört man vom BM immer wieder – **gemeint ist damit die schon angedachte „Versilberung“ von Flächen, die sich im Besitz der Gemeinde befinden – nichts anderes.**

Dazu festgehalten: Nichts gegen aktive Bodenpolitik oder die Finanzierung eines besonderen Sonderprojektes der Gemeinde aus einem großen Grundstücksverkauf - **aber dann für sinnvolle, nachhaltige Projekte!** Grundstücksverkäufe dürfen nicht - wie vom BM scheinbar angedacht - eine fixe eingeplante, schleichende Regelung zur Budgetkonsolidierung werden!

Für die Ausführung seiner vielen Masterpläne u. „wichtigen finanziellen Spielräume“ benötigt der BM zu allen Kosten auch lfd. mehr Personal. Während wir im Bereich Pflege, Kinderbetreuung oder erweiterten Tätigkeiten für die Gemeinde gerne zusätzliche personelle Unterstützung sehen, so unglücklich sind wir über die laufende Aufstockung in der Verwaltung.

Obwohl wir vor ein paar Jahren schon einem neuen Mitarbeiter für die Wirtschaftsabteilung zugestimmt haben – auch zur Unterstützung des BM` s in Wirtschaftsfragen – so wird jetzt von demselben ein neuer „Standortmanager“ eingestellt. Und das nur, weil der Bürgermeister in diesen Fragen ganz offensichtlich schwer überfordert ist oder die Prioritäten falsch setzt.

Anders ist es jedenfalls nicht zu erklären, dass sich in unseren Nachbargemeinden Unternehmen um Unternehmen ansiedeln, in Lustenau sich aber seit dem Wirken von Bürgermeister Fischer **praktisch nichts mehr bewegt** in Sachen Betriebsansiedlungen und

Betriebsgebietsentwicklungen. Dadurch fehlen Lustenau Arbeitsplätze und Kommunalsteuereinnahmen!

Von einer Mitarbeiterin zur Flüchtlingsbetreuung bis zu einem zusätzlichen Hochbauleiter, einer zusätzlichen Kraft für das Gemeindearchiv, eine weitere Stelle für die gemeindeeigene Galerie Hollenstein, die Wunschliste an zusätzlichem Personal, welche sich der Bürgermeister in der letzten Gemeindevertretungssitzung mit Mehrheitsbeschluss erfüllte war lang - gespart werden muss dann halt in anderen Bereichen – oder am liebsten gar nicht!

**Wir Freiheitliche haben dem neuen stark erweiterten Dienstpostenplan mit dessen hohen Folgekosten für die Gemeinde nicht zugestimmt.** Vorbei scheinen die Zeiten, als Lustenau noch für eine „schlanke“ Verwaltung bekannt war und dafür vom Rechnungshof auch gelobt wurde, als sogar „halbe“ Dienststellen noch gut überlegt und bei allen Einstellungen künftige Folgekosten mit berücksichtigt wurden.

**Das sind langfristige Entwicklungen, die für unsere Gemeinde nicht gut sind und auch wenn der Bürgermeister auf Kritik immer sehr aufgebracht und emotional reagiert, werden wir uns von ihm auch in Zukunft nicht verbieten lassen, Dinge, die falsch laufen, zu kritisieren!**

#### **Vorrangig Bildung – wie geht es weiter?**

Unsere Bildungsreferentin Doris Dobros ist sehr froh, dass die Gemeindevertretung einstimmig beschlossen hat, Bildungsprojekten oberste Priorität zu geben.

**Für uns Freiheitliche haben Investitionen in den Bildungsbereich absolute Priorität,** es zählt zu den ureigensten Aufgaben einer Gemeinde für Bildung und Ausbildung von Kindern und Jugendlichen bestmögliche Bedingungen zu schaffen – **dieser Verantwortung wollen wir gerecht werden.**

Lustenau gehört zu den jüngsten Gemeinden, gilt als sehr familienfreundlich und wird in den nächsten Jahren weiter wachsen. Dies ist durch zahlreiche Wohnbauprojekte für jeden ersichtlich. Deshalb müssen wir für die Zukunft sehr umsichtig planen. Die Gesellschaft hat sich gravierend verändert und die Herausforderung an die Gemeinde besteht darin, mit dieser Entwicklung standzuhalten. Dies bedeutet auch weiterhin, die Zahl an Kinderbetreuungsplätzen im Auge zu behalten. Zurzeit haben wir keinen Engpass mehr und das sollte so bleiben.

Zudem sind wir gesetzlich verpflichtet, genügend Kindergartenplätze, auch für 4-Jährige, zu schaffen. **Mit dem Neubau des Kindergartens am Engelbach wird 2018 ein tolles Projekt umgesetzt und der größte Kindergarten Lustenaus errichtet.**

Der Kindergarten am Schlatt ist leider viel zu klein geworden und kann die Anzahl an Kindern aus dieser Gegend nicht mehr aufnehmen, zumindest als Planung ist der dringende Anbau im Budgetentwurf enthalten.

Die nächste große Herausforderung im Bildungsbereich sind die Mittags- und Lernbetreuung in den Schulen. Die Anzahl an Schülern, die in der Schule essen, wächst rasant an. **Die Mittelschule Rheindorf wird deshalb dementsprechend adaptiert und wird in Zukunft die Möglichkeit für einen Mittagstisch, inklusiver modernen Lernbetreuung bieten.**

Die Bildungsreferentin freut sich, dass der neue „Campus Rotkreuz“ nun endlich in die lang erwartete Planung geht um die künftigen Herausforderungen bestmöglich erfüllen zu können, nötige Budgetmittel dafür wurden jetzt auch bereitgestellt.

**Da eine Prioritätenreihung der anstehenden Großprojekte unausweichlich ist, sprechen wir Freiheitlichen uns nach Beendigung des Neubaus des Feuerwehrhauses für die schnellstmögliche Umsetzung und Verwirklichung des Campus Rotkreuz als nächstes Großprojekt aus. Das ist für uns eine logische Folge aus dem Beschluss, wonach Bildungsprojekte in Lustenau Priorität haben sollen.**

An dieser Stelle darf ich auch im Namen von Bildungsgemeinderätin Doris Dobros ein herzliches Dankeschön an unsere Pädagoginnen und Pädagogen richten. Unsere sehr motivierten Lehrerinnen u. Lehrer leisten hervorragende Arbeit – **darauf können wir in Lustenau wirklich stolz sein.**

#### **Trinkwasser, Tiefbau, Verkehrswege, Beleuchtung und Gemeindestraßen**

Als für den Tiefbau und die Gemeindestraßen zuständiger Referent freue ich mich sehr über die Sanierung unserer Trinkwasserleitungen in der Kaiser-Frz. Josefstraße / Kirchstr. Hier müssen die jetzt schon in die Jahre gekommenen u. schadensanfälligen Gusseisenrohre ausgetauscht werden – es wurden dafür im Budget knapp über eine halbe Mio. EUR eingeplant. Vom Kreisverkehr Engel, sowie westl. Kaiser Frz. Josefstraße wird um EUR 725.000,- unser Kanal mit „Inlinern“ saniert, im Bereich zum Zentrum hin erfolgt nach den Bauarbeiten zur Trinkwasserleitung auch eine Umgestaltung der Kaiser Frz. Josefstr. mit geplanten EUR 250.000,-.

Im Umlegungsgebiet Vorachstraße sind für den Kanal EUR 290.000,- vorgesehen, bei der Kanalisation am Bahnhof EUR 250.000,- eingeplant.

Da alleine die jährlichen Einnahmen aus Wasser/Kanal pro Jahr ca. EUR 3,6 Mio. an Abgaben u. Gebühren für die Gemeinde „erwirtschaften“ relativieren sich diese Summen deutlich im Verhältnis zu tatsächlichen Erhaltungskosten der gesamten Infrastruktur - welche „rechnerisch“ doch höher liegen sollten. Einen langfristigen Plan für künftige Kanalerhaltungsmaßnahmen werden wir nächstes Jahr definieren müssen.

Es erfolgt die Umgebungsgestaltung mit der anteiligen Kostenrate EUR 1 Mio. zum Gesamtprojekt Bahnhof – Haltestelle, dazu wird die weitere Verlängerung der Hagstraße um EUR 90.000,- beim Bahnhof dieses Gebiet besser erschließen und nutzbarer machen. In der Dammstraße ist zudem vorgesehen, die alten Straßenlaternen gegen neue LED Lampen um EUR 70.000,- zu erneuern.

## Geldverschwendung und verhinderte Mobilität

Nachdem diese notwendigen Investitionen von uns sehr begrüßt werden, müssen wir andere Bereiche doch auch sehr kritisch beurteilen.

Zum einen möchte ich den geplanten Radweg zur ÖBB Bahnhof-Haltestelle ansprechen. Dieser war seit vielen Jahren fix eingeplant und wird nun - nach aufgelaufenen Planungskosten von fast EUR 700.000,- - aufgrund zu hoher Kosten nun doch nicht gebaut.

Dass die Gemeinde an diesem Projekt des Landes „nur“ mit einem Prozentsatz an anteiligen Kosten beteiligt ist, ändert nichts an der riesigen Verschwendung an Steuermitteln! Das ist ein Paradebeispiel dafür, wie Geld für sinnlose Planungen regelrecht „zum Fenster hinausgeworfen“ wird. Hier könnte man von der Politik schon erwarten, dass nicht zuerst einmal alles Mögliche und Unmögliche geprüft und geplant wird, sondern vorab Klarheit darüber besteht, was wirklich gebraucht und finanziert werden kann!

Während hier also hunderttausende Euros sinnlos und für nichts „verbraten“ wurden, **wird die Forderung nach einer sicheren Radwegverbindung vom Ortsteil Hasenfeld ins Zentrum - schon seit Jahren eine wichtige Forderung - aufgeschoben.** Unsere durch die vielbefahrene Grindelstrasse aufgrund des Verkehrs „durchschnittene“ Gemeinde braucht dringend sichere Möglichkeiten der Querung.

Mit einer kleineren Lösung ließe sich rasch zumindest eine Verbesserung der jetzigen Situation für Fahrradfahrer am Kreisverkehr Engel erzielen. Dort beim Kreisverkehr Engel „endet“ plötzlich der Fahrradweg – ohne Verbindung auf die andere Straßenseite - wo ein Fahrradweg weiterführt.

**Obwohl letztes Jahr schon fix zugesagt, wurden jetzt die nötigen EUR 150.000,- für die Verbindung vom BM als verantwortlichen Finanz- u. Planungsreferenten wieder gestrichen.** Dies deshalb, weil vom BM im Budget die gleichzeitige, sinnvolle Sanierung der Trinkwasserleitung nicht finanziell freigegeben und zudem jetzt an anderer Stelle vom BM ein Radweg geplant wurde – **dessen Fertigstellung aber eben wieder bedeutend länger andauern wird.**

## Zentrum

Seit Jahren wird hier vom BM erfolgreich taktiert, oder erst vorgesehene Geld dann doch nicht freigegeben oder Planungen nicht fertig durchgeführt oder umgesetzt.

Die „Verlegung“ oder „Umplanung“ der in meinen Augen gefährlichen Plattform-Haltestelle (aufgrund Sturzgefährdung) vor dem Restaurant „Schmugglar“ steht seit Jahren immer noch an – dies soll und darf lt. BM aber nur in einer Gesamtlösung geändert werden – wann immer diese dann auch kommen soll!

Die im letzten Budget vorgesehenen EUR 300.000,- für den Tiefbau betreffend „Belagsanierungsarbeiten“ im Zentrum wurden vom BM nicht freigegeben, der Kiesparkplatz nicht befestigt.

Mehrheitliche Zustimmung gab es wenigstens im September im Planungsausschuss des Bürgermeisters **für den Freiheitlichen Antrag zur Errichtung eines Gebäudes mit einer für Lustenau passenden u. ausreichenden Tiefgarage im Zentrum unserer Gemeinde!**

Geeignete Grundstücke befinden sich seit Jahren im Besitz der Gemeinde, Bauträger und Investoren gibt es derzeit mehr als genug – es bedarf also nur des Willens der Gemeinde ein solches Projekt zu entwickeln und zu begleiten.

**Wir erhoffen uns deshalb eine längst notwendige Attraktivierung des Zentrums durch die rasche Umsetzung des freiheitlichen Antrags auf eine für unsere Gemeinde passende Tiefgarage im Ortszentrum von Lustenau.**

### **Vertragsraumplanung in Lustenau**

Der BM als Planungsreferent hat sich durch das Instrument der Vertragsraumplanung – weitreichende Möglichkeiten für die Entwicklung des Lustenauer Gemeindegebiets von der Gemeindevertretung geben lassen.

**Für uns zu weit reichend für unseren BM und oberste Baubehörde**, weswegen wir dem nicht zustimmen konnten. In diesem speziellen Bereich sehen wir ihn als grün eingefärbten „Hardliner“, welcher die ihm zur Verfügung stehenden Möglichkeiten zu stark „nutzt und auslegt“.

**Obwohl neue „Wohnklötze“ auf „Kleinstgrundstücken“ ungehindert direkt an den Straßenrand gebaut wurden u. weiter gebaut werden** (was niemanden zu stören scheint) - redet die Gemeinde bei der Höhe von Gartenzäunen u. auf welches Grundstück künftig was u. wie gebaut werden darf, kräftig mit.

Als prominenter Unterstützer hat der BM übrigens die Aktion „vau/hoch/drei“ unterschrieben, welche erst Mitte dieses Jahres eine Petition an den VlbG. Landtag eingereicht hat, welche in ihren 3 Punkten unter anderem per Gesetz einfordern wollte:

- **Auf bestehendes Bauland nach 3 Jahren Besitz eine jährliche Infrastrukturabgabe in Höhe von 2 % des ortsüblichen Grundpreises einzuheben. Das Grundstücke nach 20 Jahren nicht widmungskonformer Nutzung die Widmung zurückfällt in Freifläche.**

Ein solches Ansinnen wird glücklicherweise nicht nur von uns, sondern auch vom VlbG. Landtag abgelehnt, zeigt aber auf, für was sich das Lustenauer Gemeindeoberhaupt einsetzt und was ihm wichtig ist.

Wie der BM mit dem von ihm verabschiedeten Instrument der Vertragsraumplanung umgeht ist weiters daran zu erkennen dass beim letzten von ihm beschlossenen Bebauungsplan - welcher ein eigentlich „winziges“ Gebiet umfasst – Einsprüche von fast 40 Lustenauer Bürgern gemacht wurden.

Wir konnten diesem Antrag damals nicht zustimmen, vor allem auch deshalb, weil im Vorfeld keine Kommunikation mit den Anrainern u. Besitzern gesucht wurde, ja der Vorschlag unsererseits, dies doch zu tun, sogar abgelehnt wurde.



Ich darf also festhalten: Wir Freiheitliche sind nicht generell gegen Bebauungspläne – aber mit Maß u. Ziel u. in Kommunikation mit den Bürgern - nicht einfach über deren Köpfe hinweg.

### **Parkgebühren in Lustenau**

Schon beim mit Mehrheit in der Gemeindevertretung abgeschlossenen Raumplanungsvertrag mit der Gemeinde Widnau für das Gebiet am Alten Rhein wurde vom BM vertraglich festgehalten, dass Lustenau künftig dort ab der ersten Stunde bereits Parkgebühren einzuheben hat.

Wir Freiheitliche konnten diesem Antrag nicht zustimmen. **Wir wollen keine Parkgebühren in Lustenau zum jetzigen Zeitpunkt - weder am Alten Rhein, noch beim Parkbad, der Rheinhalle oder im Zentrum!**

**Kurzparkzonen vor den Geschäften im Zentrum: Ja selbstverständlich!** Hier sind die Geschäfte auf rasch wieder frei werdende Parkflächen für ihre Kunden angewiesen – aber dazu müssen diese nicht bewirtschaftet sein! Jahrelang wurde das Shoppen bei uns im Zentrum mit u.a. auch damit beworben, **dass in Lustenau keine Parkgebühren zu bezahlen sind. Das soll auch so bleiben!** Die Attraktivität unseres Zentrums für Kundinnen und Kunden ist leider noch nicht so gegeben. **Die Politik sollte diese schwierige Situation vielmehr mit positiven Maßnahmen versuchen zu verbessern und nicht weitere Schikanen schaffen!**

Wichtiger als Parkgebühren zu kassieren wäre im Zentrum - **wie von uns gefordert - Möglichkeiten zu schaffen, Fahrzeuge in einer Tiefgarage abzustellen und damit von der Oberfläche des Ortsgebiets „verschwinden“ zu lassen.**

### **Betriebsansiedelungen - IKEA?**

Für uns Lustenauer Freiheitlichen war die aktive Betriebsansiedlungspolitik immer ein wichtiges Instrument **zur Stärkung der Finanzkraft** unserer Gemeinde.

Leider ist unter BM Fischer hier immer noch eher Stillstand zu verzeichnen. Mit seiner vollen Energie u. Arbeitskraft unterstützt **er einzig das Einrichtungshaus IKEA**. Hier wirft er sich dafür voll ins `s Zeug u. „fesselt“ zusätzlich viele Kräfte u. Arbeitsstunden von ihm und der Verwaltung. Viele heimische Betriebe würden „händeringend“ Flächen suchen und sich Unterstützung erhoffen.

### **IKEA**

Ein „schallender“ Name, welcher die Augen vieler leuchten lässt. Ein bis zweimal im Jahr werden solche Besuche trotz meist etwas längerer Anfahrt gemacht, aber ehrlich – wer war schon einmal in der jeweiligen Standortgemeinde eines IKEA in einem anderen Geschäft, auf einen Kaffee, oder auch nur in dessen Zentrum? Kein einziger, der von mir befragten Personen!

Während bei vielen Lustenauerinnen und Lustenauern nach etwas Nachdenken die anfängliche Euphorie in Anbetracht der negativen Auswirkungen auf die Lebensqualität in unserer Gemeinde verfliegen ist, scheint der BM immer noch geblendet zu sein. **Er verkennt in seiner planlosen IKEA-Euphorie leider die katastrophalen Folgen für Lustenau und seine Bürger.** Kein Wunder dass sich diese jetzt dagegen wehren und per Volksentscheidung Informationen und Mitspracherecht einfordern.

Jahrelang „zimmerte“ er sich im stillen Kämmerlein alles „zurecht“, dachte bei diesem Thema weder an die Einbindung von Bürgern oder politischer Parteien – geschweige denn suchte er Alternativen oder andere Möglichkeiten. Gewünschte u. oftmals eingeforderte Informationen wurden nicht geliefert, es wurde blockiert, vertröstet u. „gemauert“.

**Anträge auf Vertagung zur Fakteneinholung und auch zur Abhaltung einer Volksabstimmung wurden vom BM Fischer und seiner Mehrheit dezidiert abgelehnt.** Der Kaufvertrag über das Grundstück in der Gemeindevertretung wurde gegen große Teile der Opposition **längst beschlossen und unterschrieben.**

**Als „nicht glaubwürdig“ ist also die Behauptung des BM anzusehen selbst eine Volksabstimmung zur Ansiedelung von IKEA zu wollen oder auch nur ernsthaft nachgedacht zu haben.** Vielmehr reagiert er jetzt nur auf den lauten Bürgerprotest u. will wieder „das Heft“ in der Hand halten um weiter für IKEA „den Teppich auszurollen“.

Die IKEA-Ansiedelung durch den Bürgermeister ohne vorherige nachhaltige große Verkehrslösung wäre der Todesstoß für sämtliche Bemühungen zur Verkehrsentslastung unserer Gemeinde, es ist nicht nur unvernünftig, sondern unverantwortlich und gefährlich – wir wiederholen daher die Gründe dagegen erneut:

- *Schon jetzt ist die Verkehrsbelastung in Lustenau immens und es staut sich praktisch jeden Tag, zusätzliche Fahrzeuge drücken Dank „Navi“ immer weiter in das Wohngebiet u. die engen Gemeindestraßen.*
- **Lt. Landesstatthalter Rüdiger gibt es in ganz VlbG. keinen anderen möglichen Standort für IKEA!**  
*Das Hauptargument des Bürgermeisters für eine IKEA Ansiedelung in Lustenau, wonach sich IKEA nach einer Absage dann halt in Dornbirn oder Hohenems ansiedeln würde ist schon lange haltlos und entkräftet. Unsere Nachbarn haben lt. deren gültigen Stadtvertretungsbeschlüssen weder Interesse noch passende oder gewidmete Flächen.*
- *Grund und Boden ist nicht vermehrbar – diese große Fläche lässt sich langfristig besser nutzen!*
- *Mind. 4000 zusätzliche Fahrzeuge täglich u. bis zu 10000 Fahrzeuge an Spitzentagen in unserer Gemeinde erhöhen die Feinstaubbelastung und gefährden damit auch die Gesundheit unserer Bürger.*

- *Die Arbeitsplätze bei IKEA sind Großteils schlecht bezahlte Teilzeitarbeitsplätze, was auch das im Verhältnis niedrige Kommunalsteueraufkommen für die Gemeinde bewirkt, IKEA bildet zudem auch keine Lehrlinge aus.*
- *Würden sich auf dieser Fläche ähnliche Firmen wie bisher im Milleniumpark ansiedeln, so wäre die Kommunalsteuer um ein Vielfaches höher als die Schätzungen der Einnahmen von IKEA.*
- *IKEA bringt Lustenauer Kleinunternehmen in Bedrängnis – auch ein kleinerer Umsatzverlust könnte diese heutzutage schon in den Ruin führen. IKEA schneidet unter unfairen Bedingungen vielen „ein Stück“ von ihrem eh schon „kleinen Kuchen“ ab. Es werden durch IKEA gesamthaft also keine Arbeitsplätze geschaffen, sondern viel eher werden solche gefährdet!*
- *Eine IKEA-Ansiedlung würde den Tod für das Zentrum und für viele Lustenauer Kleinunternehmen bedeuten. Da braucht man auch keine hochwissenschaftlichen Studien dazu, die am Ende des Tages doch nur immer das zu Tage fördern, was der Auftraggeber gerne hören würde. Wer also für einen IKEA eintritt, der nimmt das Sterben vieler Kleinunternehmer in Lustenau ganz bewusst in Kauf.*
- *Da nützen dann auch Förderungen für die Zentrumsbelebung nichts mehr. Ich kann ja nicht auf der einen Seite durch eine IKEA-Ansiedlung das Zentrum massiv schwächen und dann quasi durch Investitionen und Förderungen noch versuchen zu retten, was dann noch übrig ist.*
- *Für eine IKEA Ansiedlung nützen auch kleinräumige Maßnahmen zur Erschließung des Gewerbegebiets Heitere wie der Bau der Heitere-Spange nicht viel – obwohl diese lt. BM Fischer für IKEA notwendig ist- wird sich diese weiter verzögern!*
- *Klar ist: Bis zur Realisierung einer Riedstraße werden noch Jahre und Jahrzehnte vergehen. Dabei sollte der Bürgermeister auch so ehrlich sein und den Lustenauern sagen, dass eine IKEA -Ansiedlung die Entlastungswirkung der Riedstraße – wenn sie dann gebaut ist – zum großen Teil schon wieder zunichte gemacht hat. Dann haben wir trotz der Entlastungsstraße genau die gleiche Verkehrsbelastung wie jetzt.*

### **Betriebsgebiet Heitere und Heitere - Spange**

Der Bau der Heiteren-Spange – welche der BM übrigens einst als Voraussetzung für eine IKEA Ansiedlung bezeichnete taugt nicht zur Verkehrsentlastung unserer Gemeinde und schon gar nicht zur Bewältigung des Verkehrs, der durch die Ansiedlung eines IKEA-Großmarktes zusätzlich entstehen würde.

Entgegen aller Aussagen und Presseberichten des Bürgermeisters, wonach ALLE Grundstücke für den Straßenbau schon im Besitz der Gemeinde wären, sind große künftige Straßenflächen noch fehlend u. im Privatbesitz.

Vom einstigen Ansinnen, dass diese Verbindung als Landesstraße und somit auch Kosten des Landes ausgeführt würde, ist zum jetzigen Zeitpunkt wenig übrig geblieben. Derzeit geplant von Planungsreferenten BM Fischer als **„Privatstraße mit öffentlicher Nutzung“** wird diese **erst viel später fertiggestellt werden und die Kosten liegen in diesem Fall bei den Grundstückseigentümern.**

### **Verkehr in unserer Gemeinde**

Uns hilft **nichts anderes als eine große Entlastungsstraße mit Verlegung des Hauptzollamts**, welche den Transitverkehr aus unserer Gemeinde bringt und dem jetzigen ortsfremden Durchzugsverkehr eine Ausweichstrecke bietet - **wenn es nach uns geht sinnvollerweise die Z- Variante.**

Obwohl sich der BM zur Riedstraße bekannt hat müssen wir leider feststellen, dass von seiner Seite her keine Maßnahmen erfolgen um auch in der Schwarz/Grünen Landesregierung „Druck“ für eine Entlastungsstraße zu machen.

Die Möglichkeit die von ihm versprochene Volksbefragung zu nützen, um mit einem klaren Ergebnis Einigkeit und Wichtigkeit dieses Themas in der Gemeinde zu demonstrieren und beschleunigte Schritte „einzufordern“ hat er ja leider „abgeblasen“.

**Vom im Wahlkampf groß angekündigten Versprechen einer Volksbefragung zur Variantenentscheidung blieb also nicht einmal mehr heiße Luft zurück, er möchte auf die von ihm versprochene Volksbefragung verzichten.**

Unser Antrag zur gemeinsamen Maßnahmenfindung aller Parteien, um zusammen mehr Druck auf die Landesregierung zur Beschleunigung ihrer Bemühungen für eine Entlastungsstraße zu machen, wurde leider vom BM mit Mehrheit abgelehnt.

**Gemeinsame Maßnahmen aller Parteien von Lustenau wären immer noch sinnvoll wenn Arbeiten am Projekt Entlastungsstraße und Verkehrsauffächerungen „stocken“ oder nicht zeitgerecht erfolgen** – es scheint ab u. an der „Wille“ zur raschen Umsetzung zu fehlen.

Wir Freiheitliche haben schon vor Jahren den Schlüssel zu einer kurzfristigen Verbesserung in der Zollauffächerung u. Verbesserung der Abfertigungsverzollung gesehen. **Unsere detaillierten Anträge dazu wurden damals leider vom BM völlig „verwässert“ u. sind deshalb bis heute auch nicht passend umgesetzt.**

Im Gegenteil, das einzige 24 h Zollamt in VlbG. ist aufgrund von Zusammenlegungen jetzt in Lustenau – das Gegenteil von verpflichtender Zollauffächerung und Verbesserung in der Zollabwicklung. Auch hier wäre es Zeit für gemeinsame und sichtbare Maßnahmen unserer Gemeinde!

Meine Hoffnung, dass die neue österreichische Bundesregierung (vielleicht sogar mit einem Infrastrukturminister Ing. Norbert Hofer) in ihrem Programm auch eine Änderung und Beschleunigung von Genehmigungsverfahren mit sich bringt ist groß, wurde dies doch schon präzisiert und angekündigt. **Dies könnte eine überregionale Entlastungsstraße dann etwas rascher zu uns bringen als bei der bisherigen Gesetzeslage – obwohl die tatsächliche Umsetzung sicher noch länger dauert.**

## Ein paar Worte zum Sport

Das schon letztes Jahr von uns in der Budgetrede „angemahnte“ da vom BM versprochene „Nachwuchsheim“ beim FC, in welchem auch der Lern-Club untergebracht sein sollte, steht immer noch nicht.

Wir erwarteten schon letztes Jahr, dass der Bürgermeister hier endlich zu seinem Wort steht und für Ersatz sorgt, nachdem ein bestehendes u. funktionstaugliches Gebäude den Umkleiden u. Sanitäreanlagen weichen musste u. abgerissen wurde.

„Rasch“ war letztes Jahr in unseren Augen schon vorbei, aber der BM scheint in vielen Dingen, nicht nur als oberste Baubehörde eigene Zeitbegriffe zu haben - dies gilt auch beim Reichshofstadion und den Anliegen der „Austria“.

Schon vor vielen Jahren wurde begonnen u. diskutiert, Konzepte wurden erstellt und Workshops sinnlos abgehalten, es wurde vieles versprochen u. wenig getan. Untätigkeit - so lange **bis nichts anderes durch den Zeitdruck der Bundesliga als die einzige Variante ein Umbau am selben Standort übrig blieb.**

**Das schon vor Jahren zur Chefsache erklärte und jetzt mit ÖVP-Mehrheit beschlossene Fußballkonzept Lustenau sieht nun einen raschen sofortigen oder auch in „Tranchen“ stattfindenden Totalumbau des Stadions am selben Standort des Reichshofstadions mit Baubeginn spätestens 2019/2020 um brutto EUR 18 Mio. vor, der von der Gemeinde initiierte Architekturwettbewerb um knapp EUR 100.000,- an Kosten ist angelaufen u. wird Mitte 2018 einen Preisträger küren.**

Nur bei „sportlichem Erfolg“ des Vereins soll der Umbau lt. Gemeinde erfolgen, bei Aufstieg erfolgt angeblich eine 2/3 Förderung des Landes VlbG. lt. mündlicher Zusage – ohne die das Projekt nicht umsetzbar wäre.

**„Schriftliches“ oder verbindliche Zusagen liegen zu diesem Millionenprojekt nicht vor und werden vom BM scheinbar nicht für nötig befunden. Rechtliche Probleme an diesem Standort sind auf jeden Fall nicht aus dem Weg geräumt und könnten den Standort auch zur Gänze unmöglich machen.**

Es bleibt gespannt abzuwarten was tatsächlich kommen soll, Versprechungen an den SC Austria durch den BM sind wie immer groß – was am Tisch liegt ist eine schriftlich nicht abgesicherte Finanzierung, mündliche Zusagen, gerichtliche laufende Prozesse gegen Standort u. Flutlicht, kein sportlicher Aufstieg in Sicht, dafür ein laufender Architekturwettbewerb für den „alten“ Standort, welcher in seinen Schwächen „Anrainer“ u. „Parkplätze“ nie wirklich besser werden kann – egal wie umgebaut wird.

Schon vor vielen Jahren haben die Freiheitlichen **einen anderen Standort und Alternativen zu einem solchen Projekt eingefordert.** Wenn die Verwirklichung einer Profifussballstätte kommen sollte dann sinnvoll und langfristig passend - für beide Vereine, mit gesicherter Finanzierung im Vorfeld, passendem Zeithorizont, verbindlich abgeklärt und die Bürger zum Gesamtprojekt der Rieseninvestition befragt - all dies wurde vom BM versäumt und

unterlassen. Konkrete Überprüfungen und Studien zu möglichen Alternativstandorten sind nicht erfolgt, Machbarkeitsstudien „alternativer Standort“ gänzlich unterblieben.

**Mit dem Architekturwettbewerb, dem wir unsere Zustimmung aufgrund fehlender schriftlicher Zusage zur Finanzierung u. mangelnder Förderung versagten, wurde nun begonnen.** Eine Kostenbeteiligung seitens des Landes haben wir nicht erhalten, wir als Gemeinde tragen diese Kosten jetzt zur Gänze. Kommt das Projekt nicht war der Wettbewerb für den wir keine Förderungen erhalten haben völlig umsonst und erinnert „an teure nur geplante u. nicht gebaute Radwege“.

Wenig „Gestalterisch u. vorausschauend“ ist die Vorgehensweise des BM`s jetzt die lt. Fußballkonzept geplanten EUR 18 Mio. an diesem Standort einzuplanen, es zeugt jedenfalls nicht vom großen Weitblick aufgrund der dort bekannten u. bestehenden Probleme. Ein Plan „B“ für die Austria, welche sich seit Jahren um Unterstützung bemüht existiert jedenfalls leider nicht.

**Ein für uns wichtiges Fußballnachwuchszentrum oder zumindest die fehlenden Fußballnachwuchsplätze der in Lustenau längst benötigter Allwetterplatz jedenfalls rücken immer weiter nach hinten in der Zeitlinie des „Lustenauer Fußballkonzepts“.**

In Lustenau, oder zumindest für den BM scheint auf jeden Fall Profisport vor Nachwuchs u. Amateuren zu kommen, was wir sehr bedauern. **Sollten große Förderungen beim Land für Fußballprojekte „abgeholt“ werden können, dann bitte gleich für alle laufenden Projekte vollständig und zusammen - so kann auch über den Einsatz der eigenen finanzielle Mittel der Gemeinde richtig entschieden werden!**

### **Feuerwehr und Ehrenamt**

Wir freuen uns über die baldige Fertigstellung des neuen Feuerwehrhauses u. Katastrophenzentrums in unserer Gemeinde. Dieses von der Feuerwehr wohldurchdachte Projekt wird der ganzen großen Feuerwehrfamilie unserer Gemeinde bald wichtiger Treffpunkt und neue Heimstätte sein.

Die auch in der Planung und Bauphase investierten unzähligen Stunden, welche hier die ehrenamtlichen Mitarbeiter der Feuerwehr aufwendeten waren und sind - wie bei ihren vielen Einsätzen in unserer Gemeinde, nicht mit Gold aufzuwiegen.

**An dieser Stelle schon ein herzliches „Dankeschön“ allen ehrenamtlich tätigen Mitbürgern die einen wertvollen Beitrag für unser Gemeinwohl leisten, ihre Zeit u. ihre Kraft für andere Menschen aufwenden, sei als freiwillige Mitarbeiter beim Roten Kreuz, unserer Feuerwehr, oder in unseren zahlreichen Kultur-, Freizeit- oder Sportvereinen - durch Einsatz und Betreuung sind sie unseren Kindern und Jugendlichen leuchtendes Vorbild für ein gemeinsames, helfendes und unterstützendes „Miteinander“ in unserer Gemeinde.**

Im Voranschlag vorgesehenen Großinvestitionen werden von uns begrüßt und mitgetragen, anders als im letzten Jahr **werden wir aber dem Budget heute unsere Zustimmung nicht geben.**

Das alljährliche Budget ist nicht nur die in Zahlen gegossene Politik des nächsten Jahres, **gefasste Beschlüsse und Absichten im laufenden Jahr haben zum Teil gleich oder erst später große Auswirkungen auf die Entwicklung und Finanzkraft unserer Gemeinde – auch diese u. die Art wie diese Beschlüsse gefasst wurden gilt es in unseren Augen zu beurteilen.**

Letztes Jahr haben wir dem Budget zugestimmt, gleichzeitig aber auch einige Ermahnungen ausgesprochen, die **leider nicht berücksichtigt** wurden.

Betroffene – sei es im Bildungsbereich oder in anderen Bereichen – müssen sich auf Zusagen verlassen können. Genauso muss nicht finanzierbaren Wünschen von vornherein eine Absage erteilt werden bzw. muss auf einen realistischen Umsetzungstermin verwiesen werden.

**Nicht erkennbar sind zudem Bemühungen des BM`s als Finanzreferenten laufende Ausgaben zu optimieren, im Gegenteil, diese werden zusätzlich durch die bereits kritisiert Personalpolitik unnötig gesteigert.**

Und zu guter Letzt ist für uns auch die geplante IKEA-Ansiedlung, die der BM so vehement vorantreibt, ein Grund, hier und heute dem Budget nicht zuzustimmen.

Es liegt auf der Hand, dass diese Entscheidung vom BM für unsere Gemeinde ganz enorme Auswirkungen haben wird. So habe ich bereits ausgeführt, dass die Ansiedelung anderer Betriebe auf diesem Grund qualitativ höherwertige und auch mehr Arbeitsplätze und somit viel mehr Kommunalsteuereinnahmen für Lustenau bringen würde. Die Blockierung des Grundstücks für IKEA hat also bereits negative Auswirkungen auf das Budget. Über all die anderen negativen Folgen habe ich bereits gesprochen.

Aus all diesen Gründen, die zusammengefasst leider ergeben, **dass sich unsere Gemeinde in einigen sehr wesentlichen Fragen in eine falsche Richtung entwickelt, werden wir dem Budgetvoranschlag 2018 daher nicht zustimmen!**

### Danke

Sehr geehrte Damen u. Herren, geschätzte Kolleginnen u. Kollegen!

Einen herzlichen Dank allen Gemeindebediensteten für ihre geleistete Arbeit und ihren Einsatz im vergangenen Jahr, einen speziellen Dank dabei an den Mag. Klaus Bösch als Leiter der Finanzabteilung für die perfekte Aufarbeitung, Dokumentation und rechtzeitige Bereitstellung sämtlicher benötigten Finanzunterlagen.

Ein „Dankeschön“ an alle Wahlbeisitzer und Ersatzpersonen, welche die Abwicklung unserer demokratischen Prozesse immer an Wahltagen wertvoll unterstützen und durch ihre Mitarbeit garantieren.

Allen Lustenauer Unternehmern und ihren Mitarbeitern einen herzlichen Dank, durch ihre Tätigkeit erhalten und schaffen sie wichtige Arbeitsplätze und leisten damit einen wesentlichen Beitrag zur finanziellen Handlungsfähigkeit unserer Gemeinde.

Allen Kolleginnen u. Kollegen der Gemeindevertretung, allen in den Ausschüssen mitarbeitenden Personen, vielen herzlichen Dank für die engagierte und wertschätzende Zusammenarbeit über das ganze Jahr.

**Ich wünsche euch allen frohe Weihnachten und „an guoto Rutsch“!**